



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 18/2002 53. gesamt
06.12.2002

Regierung und Opposition müssen Linie erst noch finden

Weder Regierung noch Opposition haben in den letzten Tagen eine glückliche Figur gemacht. Eine klare Linie ist auf beiden Seiten nicht zu erkennen. Und abseits des Geschrei der Lobbyisten über konkrete Maßnahmen ist es vor allem die Berechenbarkeit von Politik, die die Menschen erwarten können.

Erst Bundeskanzler Gerhard Schröder konnte die Aussagen wichtiger SPD-Vertreter, man sehe keine Notwendigkeit zu Strukturreformen, wieder einfangen. Es bleibt dabei: Mit den aktuellen Gesetzen werden der Staatshaushalt und die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert, um dann bis Ende 2003 die grundlegenden Reformen beginnen zu können. Eine andere Politik würde die SPD in eine Sackgasse führen.

Die Bündnis-Grünen erschöpfen sich in starken Sprüchen. Da wird gerade erst eine Reformkom-

mission eingesetzt, die im breiten Dialog bis Herbst 2003 Vorschläge zur integrierten Reform der sozialen Sicherungssysteme vorlegen soll. Schon wollen sich die Grünen nicht mehr an den gerade verabredeten

Co, sich in Beschimpfungen und persönlichen Diffamierungen nicht zu sehr von CSU/CDU übertreffen zu lassen. Die Auftritte im Parlament und Talkshows werden immer peinlicher.



Zeitplan halten. Stattdessen wird die Vorlage eines eigenen Vorschlags schon im Frühjahr angekündigt, der dann schnell zu einer Verhärtung von Fronten in der Reformkommission mit sich bringen könnte.

Die FDP muss sich zunächst selbst wieder finden, bevor sie sich auf eine Suche nach einer politischen Linie machen kann. Bis dahin versuchen Westerwellchen &

CDU-Vorsitzende und CSU-Sprecher haben es in der Hauptdebatte des Bundestages tatsächlich geschafft, in 90 Minuten Rede keinen einzigen eigenen Vorschlag zu machen. Persönliche Angriffe auf Regierungsglieder und die Verbreitung von Unwahrheiten über die Situation in Deutschland waren das Einzige, wozu die Opposition fähig war. Zunehmend wird diese Schwäche auch Thema der Medien. Und bei allem Respekt: Den überführten Lügner Roland Koch als Vorreiter bei der Forderung nach einem Untersuchungsausschuss sehen zu müssen, bereitet mir noch immer politisches Übelkeit.



Uli Kelber im Gespräch mit Mitarbeitern der „Bonner Tafel“

Themen in dieser Ausgabe:

- Politikstil finden
- Radwege an Flüssen
- Grundsätze Bundeshaushalt 2003

Mehr Radwege an Flüssen und Kanälen

Wege an Flüssen und Kanälen sollen künftig stärker als Radwege genutzt werden können. Der Ausbau oder die Umnutzung vorhandener Wege an Bundeswasserstraßen soll durch Bundesmittel gefördert werden. Dies wollen wir im Haushalt 2003 verankern.

Entlang des bundesdeutschen Wasserstraßennetzes befinden sich beispielsweise 10.000 km Betriebswege, die in der Zuständigkeit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSV) liegen und nur auf eigene Gefahr benutzbar sind.

Ein Teil davon lässt sich problemlos in das Radwegenetz integrieren. Zu diesem Zweck schließen schon heute interessierte Gemeinden mit der WSV so genannte Gestellungsverträge. Aber nicht alle

Kommunen sind in der Lage, die mit der Verkehrssicherungspflicht verbundenen Kosten für die Erhaltung der Radwege zu erbringen. Daher wollen wir unter anderem die Ausweisung der Wirtschaftswege als Radwege fördern.

Mit der Förderung von Radwegen an Wasserstraßen entsteht eine sinnvolle Ergänzung zu dem bereits im vergangenen Jahr aufgelegten Programm zur Förderung von Radwegen an Bundesstraßen, die der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs gerecht wird.

Mit geringem Aufwand und geringen Mitteln können so die schönen Landschaften an Flüssen und Kanälen umweltfreundlich erschlossen werden. Damit steigern



wir die Attraktivität der Flusslandschaften und leisten einen wichtigen Beitrag zur Tourismusförderung. Allein im vergangenen Jahr haben über zwei Millionen Menschen Urlaub mit dem Fahrrad gemacht. Fahrradurlaube an Flüssen mit bereits vorhanden Radwegen erfreuen sich großer Beliebtheit. Der ADFC soll in die Planungen einbezogen werden, um zum Beispiel vorrangig Lückenschlüsse oder neue Strecken des Radwegenetzes festzulegen.

Bundshaushalt 2003

Die Ausgaben steigen 2003 von geplanten 247,9 Milliarden Euro auf 252,5 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen fallen 2003 um 2,6 Milliarden Euro geringer aus als vorhergesehen. Dies ergibt sich aus:

- konjunkturbedingten Mindereinnahmen (8,9 Milliarden Euro),
- Mehreinnahmen aus dem Flutopfersolidaritätsgesetz (rund 3 Milliarden Euro)
- Ausgaben für die Zuführung des Bundesanteils an den Fonds Aufbauhilfe (3,5 Milliarden Euro)
- Mehreinnahmen aus dem Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen sowie die Fortentwicklung der Ökosteuern 2003 von rund 3 Milliarden Euro.

Eine nachhaltige Finanzpolitik darf nicht nur von einer reinen Sparpolitik geprägt sein, sondern muss die Strukturen des Bundshaushalts nachhaltig verbessern. Deshalb verbinden wir Konsolidierung mit gestaltender Politik auch im Bundshaushalt 2003:

- Unsere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Strategie zielt auf eine Belebung des Arbeitsmarktes durch Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und einer verbesserten Arbeitsvermittlung. Mit der Umsetzung der Vor-

- schläge der Kommission "Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" beginnen wir die größte Arbeitsmarktreform der Nachkriegsgeschichte, die sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen des Bundshaushalts nachhaltig verbessert.
- Der Abbau von unangemessenen, ökonomisch fragwürdigen und ökologisch schädlichen Steuervergünstigungen ist ein Beitrag zur Steuervereinfachung, zu Transparenz und Haushaltskonsolidierung.
- Zukunftssichernde Ausgaben für Familie, Bildung, Forschung und Infrastruktur werden trotz der erheblichen konjunkturbedingten Haushaltsbelastungen auf hohem Niveau gehalten oder verstärkt. Der Bund stellt bis zum Jahr 2007 insgesamt ein Investitionsvolumen von vier Milliarden Euro für zusätzliche 10.000 Ganztagschulen bereit. Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird durch die erste Rate der Mittel für Ganztagschulen (300 Millionen Euro) um 3,7 Prozent gesteigert.
- Mit der Verschiebung der für 2003 vorgesehenen Steuerreformstufe in das Haushaltsjahr 2004 sowie mit einer befristeten Erhöhung der Körperschaftsteuer können wir den

Wiederaufbau der Infrastruktur nach der Hochwasserkatastrophe vom August 2002 solide finanzieren. Die finanziellen Belastungen werden damit sozial gerecht geschultert und nicht zu Lasten zukünftiger Generationen verschoben.

- Durch die Programme "PRO INNO" und "NEMO" (Netzwerkmanagement-Ost) werden die Innovationsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft verbessert und insbesondere in den neuen Ländern die Kooperation und Netzwerkbildung von kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt.

Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin
 Platz der Republik 1 (UdL 50)
 11011 Berlin
 Tel: 030 – 227 700 26
 Fax: 030 – 227 76 008
 Email: ulrich.kelber@bundestag.de
 Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
 Clemens-August-Str. 64
 53115 Bonn
 Tel: 0228 – 280 31 35
 Fax: 0228 – 280 31 36
 Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de